

INTERREG B – in Chancen investieren

Mehrwert für die Schweiz und Europa



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Raumentwicklung ARE

Mit der Unterstützung von
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO

regio Suisse

Netzwerkstelle Regionalentwicklung
Centre du réseau de développement régional
Centro della rete di sviluppo regionale
Center da la rait per il svilup regional

INTERREG B – Potenziale fördern



Inhalt

INTERREG B – Potenziale fördern	2
INTERREG B – Wirkungen entfalten	4
INTERREG B – Blick in die Praxis	6
ACCESS	6
ENERBUILD	8
Alps Bio Cluster	10
COMUNIS	12
CLISP	14
iMONITRAFI	16
CODE24	18
DEMARRAGE	20
INTERREG B – von Zusammenarbeit profitieren	22
Kontaktadressen	24

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Raumentwicklung (ARE),
regioisuisse

Konzept/Redaktion/Ausführung

Gioia Edelmann und Sébastien Rieben
Bundesamt für Raumentwicklung (ARE),
regioisuisse

Mit finanzieller Unterstützung des Staatssekretariats
für Wirtschaft (SECO)

Grafische Ausführung

Kurt Brunner

Fotos

Priska Ketterer, Luzern
Alps Bio Cluster, ESRF, Grenoble: S. 10, S. 11 (links)
Alps Bio Cluster, Bioindustry Park Silvano Fumero:
S. 11 (Mitte)
ballenbergkurse.ch: S. 8 (links)
Bilddatenbank PNRHJ: S. 4 (links)
Ralph Eichenberger, ©re/hslu: S. 8 (rechts), S. 9 (links)
Hafenbehörde Genua: S. 19 (rechts)
Hupac AG, Chiasso: S. 5, S. 16 (rechts), S. 18, S. 19 (Mitte)
Urs-Peter Menti, Hochschule Luzern: Umschlag
Massimiliano Navarra, Provinz Alessandria: S. 15 (links)
www.nena-network.eu: S. 9 (rechts)
«SchweizMobil»: S. 20–21
Land Tirol: S. 17 (rechts)

Druck

Paulusdruckerei, Freiburg
Gedruckt auf Balance SILK FSC

Ausgabe

April 2011

Bezug der Broschüre in Deutsch und Französisch
unter www.interreg.ch

Europa zeichnet sich durch eine grosse Vielfalt auf kleinem Raum aus: Die kulturellen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Ländern, aber auch zwischen den Regionen einzelner Länder sind teilweise sehr gross. Mit diesen europäischen Besonderheiten vor Augen entwickelte die Europäische Union (EU) vor einigen Jahrzehnten ihre Kohäsionspolitik.

Regionale Wirtschaft fördern

Die europäische Kohäsionspolitik zielt auf den Abbau regionalwirtschaftlicher Ungleichheiten. Sie will aber auch Potenziale bereits gut situierter Regionen fördern. Die EU setzt dabei auf die Förderung der regionalen Wirtschaft.

Grenzen überwinden

Im Rahmen der Kohäsionspolitik unterstützt die EU seit 1990 auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Ihr Kerninstrument ist INTERREG – ein Förderinstrument, das die wirtschaftlichen Ziele der Kohäsionspolitik verfolgt und den Dialog zwischen den Regionen sowie die Vernetzung über die Grenzen hinweg stärken will. Die Schweiz – im geografischen Zentrum Europas gelegen – beteiligt sich seit Beginn an INTERREG.

INTERREG B

Neben der klassischen Zusammenarbeit zwischen unmittelbar benachbarten Grenzregionen (INTERREG-A-Programme) hat die EU mit den INTERREG-B-Programmen Ende der 1990er-Jahre auch länderübergreifende, transnationale Kooperationsprogramme entwickelt. So decken die Programmgebiete von INTERREG B weiträumige Regionen Europas wie den Alpenraum, den Nord- oder Ostseeraum ab. Sie erstrecken sich über mehrere Länder, die aufgrund ihrer geografischen und wirtschaftlichen Beschaffenheit mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert sind. Mit INTERREG B erhalten diese Regionen

ein Instrument, mit dem sie auf gemeinsame Probleme koordiniert reagieren können.

INTERREG B in der Schweiz

Die Schweiz beteiligt sich an den beiden INTERREG-B-Programmen «Nordwesteuropa» und «Alpenraum». Unterstützung erhalten Projekte, in denen sich Partner aus verschiedenen Ländern des jeweiligen Programmgebiets engagieren. Die Projekte müssen das Ziel verfolgen, die regionalen Wirtschaftsstandorte zu stärken und Antworten auf gemeinsame Herausforderungen zu finden. Thematisch ist die Bandbreite möglicher Projekte gross – vom Verkehr über Umweltaspekte, Informations- und Kommunikationstechnologien bis hin zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung. In der Programmperiode INTERREG IV B (2007–2013) wurden bereits 26 Projekte mit Schweizer Beteiligung lanciert (Stand: März 2011).

INTERREG-B-Projektpartner

Innovationen werden durch Überwindung klassischer Denk- und Verhaltensmuster erreicht. An INTERREG-B-Projekten können sich deshalb Institutionen aller Art beteiligen: Gemeinden, kantonale oder eidgenössische Ämter, Forschungsinstitute (ETH, Universitäten, Hochschulen), private Unternehmen, Verbände usw. INTERREG-B-Projekte verbinden Partner mit den unterschiedlichsten Erfahrungshintergründen. Einzelne Partner übernehmen die Leadpartnerschaft eines Projekts und zeichnen dadurch für die Koordination des Projekts verantwortlich. Sie gewährleisten damit beispielsweise, dass die übrigen Partner ihren Aufgaben nachkommen.

Teilnahme der Schweiz im Rahmen der Neuen Regionalpolitik

Da sich auch die Regionen der Schweiz in ihren Stärken unterscheiden, werden sie durch die nationale Regionalpolitik gezielt unterstützt. Die Neue Regionalpolitik (NRP) hat zum Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Regionen zu stärken und deren Wertschöpfung zu steigern. Mit der NRP unterstützen Bund und Kantone seit 2008 das Berggebiet, den weiteren ländlichen Raum und die Grenzregionen der Schweiz bei der Inwertsetzung ihrer Potenziale und Bewältigung des Strukturwandels. Die Standortvoraussetzungen für unternehmerische Aktivitäten

sollen mit Hilfe der NRP verbessert und Innovationen, Wertschöpfung sowie Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig gefördert werden.

Da INTERREG ein regionalpolitisches Instrument ist, wird es in der Schweiz im Rahmen der NRP gefördert und vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) finanziell unterstützt. INTERREG-Projekte, die mit NRP-Geldern gefördert werden, müssen den Kriterien der Neuen Regionalpolitik genügen, das heisst, Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung in den Regionen fördern. Eine Ausnahme gilt für INTERREG-B-Projekte von nationaler strategischer Bedeutung.

Für die inhaltliche Betreuung und Koordination von INTERREG B ist in der Schweiz das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) zuständig. Es nimmt an der Programmsteuerung und den Programmsitzungen teil, betreut die Schweizer Projektpartnerinnen und -partner und begleitet die Entstehung und Auswahl neuer Projekte.

Projekte mit Schweizer Beteiligung – Blick in die Praxis

Die vorliegende Broschüre stellt acht Projekte aus den Programmen «Alpenraum» und «Nordwesteuropa» vor. Schweizer Projektpartnerinnen und -partner berichten von ihren Erfahrungen mit INTERREG B und gewähren Einblick in ihre Projekte.

Kontakt

Bundesamt für Raumentwicklung (ARE)
Dienst für Internationales

interreg@are.admin.ch
www.interreg.ch



Programm «Alpenraum» www.alpine-space.eu



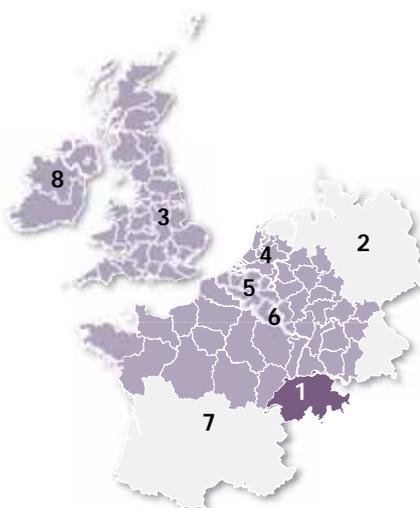
- Maximale Projektlaufzeit: 3 Jahre
- Durchschnittliche Anzahl Partner pro Projekt: 13
- Durchschnittliches Gesamtbudget pro Schweizer Projektpartner: 256 000 Franken

- | | |
|---------------|-----------------|
| 1 Schweiz | 5 Italien |
| 2 Deutschland | 6 Frankreich |
| 3 Österreich | 7 Liechtenstein |
| 4 Slowenien | |

■ Programmgebiet



Programm «Nordwesteuropa» www.nweurope.eu



- Maximale Projektlaufzeit: 5 Jahre
- Durchschnittliche Anzahl Partner pro Projekt: 9
- Durchschnittliches Gesamtbudget pro Schweizer Projektpartner: 317 000 Franken

- | | |
|--------------------------|--------------|
| 1 Schweiz | 5 Belgien |
| 2 Deutschland | 6 Luxemburg |
| 3 Vereinigtes Königreich | 7 Frankreich |
| 4 Niederlande | 8 Irland |

■ Programmgebiet

INTERREG B – Wirkungen entfalten



INTERREG B will in den Programmgebieten spürbare Wirkungen entfalten. Innovationen und internationale Netzwerke sollen die regionalen Wirtschaftskreisläufe fördern und stärken. Wissens- und Erfahrungsaustausch ermöglichen die effizientere Nutzung der regionalen Ressourcen. Schliesslich dient INTERREG B auch als Plattform zur koordinierten Lösung überregionaler Probleme.

Durch Innovationen regionale Wirtschaftskreisläufe stärken

Innovationen sind für die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft von höchster Bedeutung. Sie bleiben aber wirkungslos, wenn sie an den politischen und wirtschaftlichen Realitäten in den Regionen scheitern. INTERREG B will Partnerschaften zwischen Akteurinnen und Akteuren aus den verschiedensten Bereichen fördern. Deshalb setzen sich die Projektteams aus Partnerinnen und Partnern mit unterschiedlichen kulturellen und institutionellen Hintergründen zusammen. Lösungen, die in solchen Partnerschaften entwickelt werden, sind meist bedarfsgerecht, breit abgestützt und umsetzbar, weil sie den politischen Realitäten in den Regionen bereits Rechnung tragen.

Auf bedarfsgerechte Innovationen setzt das Projekt «**ACCESS**» (S. 6) bei der Entwicklung neuer Lösungen, die zum Ziel haben, die Grundversorgung in den Berggebieten zu erhalten. Dasselbe gilt für das Projekt «**ENERBUILD**» (S. 8), das die im Alpenraum tätigen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) des Bausektors dabei unterstützt, Know-how für das Bauen energiesparender Gebäude zu erwerben und dadurch wettbewerbsfähig zu bleiben.

Mit internationalen Netzwerken die regionale Wirtschaft fördern

Ein Zusammenschluss von Wirtschaftsunternehmen und Forschungsinstitutionen zu Clustern ermöglicht eine bessere Positionierung im europäischen oder internationalen Markt. Das Mitwirken in einem internationalen Netzwerk erleichtert den Zugang zu ausländischen Absatzmärkten. Davon profitiert die regionale Wirtschaft: Der Standort wird gefördert, Arbeitsplätze werden geschaffen und so die NRP und die europäische Regionalpolitik umgesetzt. INTERREG B ermöglicht die Schaffung solcher Cluster, indem es Projektpartnerinnen und -partner aus verschiedenen Ländern zusammenbringt.

Das Projekt «**Alps Bio Cluster**» (S. 10) verfolgt diesen Ansatz, indem es ein alpenweites Netzwerk aus Firmen des Biotech- und Medizintechniksektors errichtet.



Dank Wissens- und Erfahrungsaustausch Ressourcen effizient nutzen

Transnationale Zusammenarbeit ermöglicht, Ressourcen einzusparen und effizient zu nutzen. Möglich wird dies etwa beim Wissenstransfer: Daten, Resultate oder erfolgreiche Prozesse können untereinander ausgetauscht werden. Die Schweiz profitiert in verschiedenen Bereichen vom Wissen anderer Länder. Auf Gebieten, in denen die Schweiz Vorreiterin ist, kann sie ihr Wissen weitergeben und Imagegewinne verbuchen.

Die Nutzung der Ressourcen lässt sich auch durch Erfahrungsaustausch optimieren. Die einzelnen INTERREG-B-Programmgebiete sind mit jeweils gleichen Herausforderungen konfrontiert. Statt dass jedes Land für diese Probleme dieselben Lösungsansätze ausprobiert, können unterschiedliche Ansätze in verschiedenen Regionen getestet werden. Anschließend können Erfahrungen und Empfehlungen ausgetauscht und auf andere Regionen übertragen werden.

Das Projekt «COMUNIS» (S. 12) setzt bei der Entwicklung seiner Strategie zur gemeinsamen industriellen und gewerblichen Standortförderung auf Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen verschiedenen Modellregionen. Auch im Projekt «CLISP» (S. 14), das die Anpassung an den Klimawandel im Bereich der Raumplanung untersucht, spielen Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen den Partnern und Modellregionen eine zentrale Rolle.

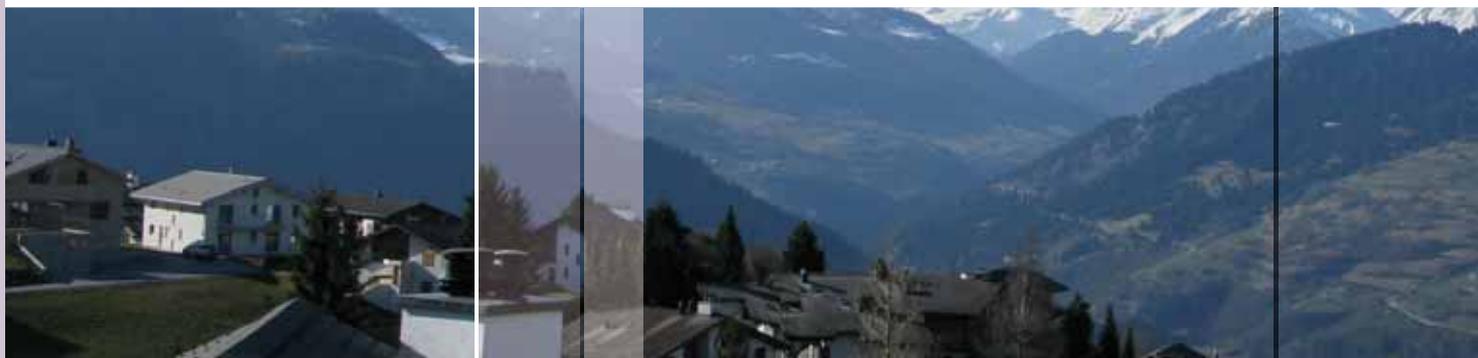
Überregionale Probleme koordiniert lösen

Viele Massnahmen und Strategien zur Förderung der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung eines INTERREG-B-Raums sind nur dann sinnvoll, wenn sie flächendeckend koordiniert umgesetzt werden. Massnahmen, die lediglich in einem Teil des Gebiets getroffen werden, können ihre Wirkung nur bedingt entfalten und zu unerwünschten Konsequenzen in anderen Teilen des Raums führen. Um derartige Effekte zu vermeiden, müssen überregionale Lösungen entwickelt werden. INTERREG-B-Projekte können dazu beitragen, gemeinsame Lösungen für überregionale Probleme zu finden, indem Lösungsideen erarbeitet und transnationale Beziehungen geknüpft werden.

Das Projekt «iMONITRAFI» (S. 16) beispielsweise will die Umweltauswirkungen des transnationalen Schwerverkehrs im Alpenraum reduzieren. Das Projekt «CODE24» (S. 18) hat zum Ziel, den wichtigen «Nord-Süd-Schielenkorridor 24» zu realisieren. Auch das Projekt «DEMARRAGE» (S. 20), das die internationale Vermarktung des Rheinradwegs mit einheitlicher Signalisation und Webarchitektur vorsieht, ist nur über die gesamte Rheinroute sinnvoll.

«ACCESS»

Grundversorgung im Berggebiet sicherstellen



«ACCESS» mit der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) als Leadpartnerin setzt auf bedarfsgerechte Innovationen. In enger Zusammenarbeit mit lokalen Akteurinnen und Akteuren und Betroffenen sucht das Projekt nach Wegen, in ihrem Bestand bedrohte Dienstleistungen wie Schulunterricht, Postdienste und Einkaufsmöglichkeiten im Berggebiet aufrechtzuerhalten.

Viele Alpenregionen befinden sich in einem Teufelskreis: Die räumliche Konzentration der öffentlichen Dienstleistungen führt zu einer Verschlechterung der Versorgungsqualität in den peripheren Gebieten. In der Folge sinkt auch die Attraktivität der noch bestehenden Dienstleistungen, und die Nachfrage geht zurück. Der Rückgang des Dienstleistungsangebots bringt für die betroffenen Regionen zahlreiche Nachteile mit sich. Zu den wichtigsten gehören die verminderte wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und der Verlust an Wohnortattraktivität.

Das Projekt «ACCESS», lanciert im Rahmen des Programms «Alpenraum», sucht Lösungen für diese Problematik, indem es innovative Ansätze zur Bereitstellung gefährdeter Dienstleistungen entwickelt und in den Modellregionen realisiert. Die Zusammenarbeit mit regionalen und lokalen Akteurinnen und Akteuren und mit Betroffenen ist ein Kernpunkt dieses Ansatzes. In der Modellregion «Nord Vaudois» beispielsweise werden unter Arbeitnehmenden Mitfahrgelegenheiten organisiert. Die Region «Südlicher Oberrhein» entwickelt eine Internetplattform, die mittels Hol- und Bringdiensten die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs sicherstellt. Damit die erarbeiteten Lösungsansätze auch in anderen Regionen anwendbar sind, werden sie überprüft und Empfehlungen formuliert. Die Zusammenarbeit zwischen Betroffenen und möglichen Anbieterinnen und Anbietern fehlender Dienstleistungen erlaubt, solche marktgerecht zu planen. Die transnationale Zusammenarbeit zwischen Projektpartnerinnen und -partnern wie der Vereinigung zur Entwicklung des nördlichen Waadtlands (ADNV), der Region Lombardei oder dem Regionalverband Südlicher Oberrhein ermöglicht eine Vielfalt potenzieller Modellvorhaben, die in verschiedenen Regionen getestet werden können.



- Laufzeit: September 2008 bis August 2011
- Budget: 2 478 845 EUR
- Anzahl Partner: 11
- Schweizer Projektpartner: Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) Vereinigung zur Entwicklung des nördlichen Waadtlands (ADNV)

www.access-alpinespace.eu

Interview mit Thomas Egger, Direktor der SAB



Thomas Egger ist Direktor der SAB, die sich für die Erhaltung der Grundversorgung im Berggebiet einsetzt. Zu diesem Zweck hat die SAB unter anderem das Projekt «ACCESS» lanciert und dessen Koordination übernommen.

In der Schweiz wird die Entvölkerung des Berggebiets seit längerer Zeit thematisiert. Wieso ist es wichtig, dass das Berggebiet als Lebensraum erhalten bleibt?

Zunächst möchte ich klarstellen: Die Berggebiete sind nicht als Ganzes von Entvölkerung betroffen. Es gibt aber einzelne Teilräume, in denen die Bevölkerungszahl rückläufig ist. Dabei handelt es sich entweder um wirtschaftlich monostrukturierte Teilräume, die sich einseitig auf beispielsweise Landwirtschaft oder Tourismus ausrichten, oder um Teilräume, die zusätzlich schlecht erreichbar sind. Die Erreichbarkeit ist ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung eines Raums. Diese ist ihrerseits Grundmotor für die Bevölkerungsdynamik. Wenn die Wirtschaft in einer Region gut funktioniert, dynamisch ist, neue, attraktive Arbeitsplätze vorhanden sind, wird sich auch die Bevölkerung positiv entwickeln.

Gibt es nicht Dörfer, wo es sich gar nicht mehr lohnt, Dienstleistungen der Grundversorgung anzubieten? Und wäre es nicht effizienter, diese aufzugeben?

Auf keinen Fall. Die Ressource «Raum» ist in der Schweiz relativ begrenzt. Es wäre eine völlig falsche Strategie, einzelne Täler in der Schweiz aufzugeben. Wir müssen unseren Raum möglichst optimal nutzen. Dezentrale Besiedelung ist ein Verfassungsauftrag, den wir wahrnehmen müssen. Verwilderte, entvölkerte Landschaften wie in einzelnen Gegenden Oberitaliens sind nicht mehr attraktiv. Ohne vielfältige Landschaften würde die Schweiz massiv an Attraktivität einbüßen. Die Schweiz ist ein Tourismusland, dessen

Gäste eine genutzte und gepflegte Landschaft suchen, und das kann nur die ortsansässige Bevölkerung gewährleisten. Die Bergbevölkerung ebenso wie die städtische Bevölkerung will eine gepflegte und keine vergandete Landschaft vorfinden.

Kann «ACCESS» etwas erreichen im Rahmen eines Wirtschaftssystems, das immer stärker auf eine Zentralisierung der Wirtschaftsstandorte und damit der Arbeitsplätze drängt?

«ACCESS» ist ein wichtiges Teilprojekt im Umfeld der Grundversorgung. Wo es keine Postdienstleistungen, keine Breitbandkommunikation, keine Verkehrserschliessung gibt, wird sich keine Firma oder Privatperson niederlassen. Mit der Grundversorgung ist deshalb sicherzustellen, dass alle Räume zumindest einen gleichen Minimalstandard haben. Leider stellen Sparprogramme des Bundes und Verfechter der reinen Marktwirtschaft dies immer wieder in Frage. In dieser Hinsicht ist für mich auch der Begriff «proaktiv» sehr wichtig. Gemeinden reagieren oft schockiert und ablehnend, wenn sie aus Bern den Bescheid erhalten, ihr Postbüro werde geschlossen. Die Gemeinden könnten aber auch proaktiv tätig werden und vorausschauend und planend erkennen, dass sie etwas unternehmen müssen. Viele stellen gar keine strategischen Überlegungen zur künftigen Entwicklungsrichtung an. Bedingt durch das Milizsystem, können die Gemeinden oft nur auf Entwicklungen reagieren. «ACCESS» nimmt eine Vordenkerrolle ein und zeigt mögliche Wege auf. Wir erhoffen uns von «ACCESS» eine Signalwirkung, aber auch ein Modell, das auf den ganzen Alpenraum transferierbar ist.

Die SAB war bereits federführend im Vorgängerprojekt «PUSEMOR» und kennt deshalb die Schwierigkeiten der transnationalen Arbeitsweise. Wie gehen Sie damit um?

Die Schwierigkeiten sind kleiner, als man auf den ersten Blick meinen könnte. Wir haben es

geschafft, dass sich die anderen Projektpartner wirklich einbringen können und Verantwortung mittragen. Von Beginn weg wurde das Projekt so flexibel ausgerichtet, dass sich die Projektpartner mit ihm identifizieren und ihre eigenen Anliegen einbringen können. Jeder Partner hat innerhalb des Themenbereichs «Grundversorgung» eine Gestaltungsfreiheit und kann so auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen – ein entscheidender Erfolgsfaktor dafür, dass die Projekte auch wirklich bedarfsorientiert ausgerichtet sind. Manchmal führt dies auch zu überraschenden Wendungen. So glaubten wir bei «PUSEMOR» zuerst, wir müssten unbedingt neue Infrastrukturen für die Grundversorgung aufbauen. Rasch stellten wir fest, dass nicht die Infrastruktur, sondern die Nutzung dieser Infrastruktur im Vordergrund steht. Konkretes Beispiel: Wir haben in der Schweiz heute eine Breitbandabdeckung von ungefähr 98 Prozent, aber nur etwa die Hälfte der Bevölkerung macht davon Gebrauch. Wir müssen also versuchen, die Leute zu motivieren, diese neuen Möglichkeiten auch zu nutzen.

Worin sehen Sie die Vorteile von INTERREG B für die SAB?

Für uns stehen eindeutig der Erfahrungsaustausch und das gemeinsame Lernen mit Partnern aus dem Ausland im Vordergrund. Oft begeht man den Fehler und glaubt, Probleme im Alleingang lösen zu müssen. Nehmen wir nochmals das Beispiel der schliessenden Poststellen. Hier können wir von Partnern anderer europäischer Staaten lernen und uns gemeinsam weiterentwickeln. Sie haben teilweise ganz andere Voraussetzungen und kommen gerade deshalb manchmal auf völlig andere Ideen. Auf diese Weise können wir enorm voneinander profitieren.

thomas.egger@sab.ch

«ENERBUILD»

Know-how für den Bau energiesparender Gebäude



«ENERBUILD» setzt auf bedarfsgerechte Innovationen, indem es die im Alpenraum tätigen KMU des Bausektors dabei unterstützt, das Know-how für den Bau energiesparender Gebäude zu erwerben und dadurch wettbewerbsfähig zu bleiben.

Im Bausektor tätige KMU spielen in der Schweiz und insbesondere in den Alpen eine zentrale Rolle. Sie sind wichtige Arbeitgeber und eine grosse Stütze der regionalen Wirtschaft. Mit der Klimadebatte ist energieeffizientes Bauen in den Fokus der Bauwirtschaft gerückt: Minergie-, Minergie-Plus- und energieproduzierenden Häusern gehört die Zukunft. Für KMU des Baugewerbes ist es zentral, dass sie den Anschluss an die neue Bautechnik nicht verlieren, sodass sie ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber grösseren Unternehmen beibehalten und stärken können und in der Lage sind, die entsprechenden

Anforderungen kundengerecht umzusetzen. «ENERBUILD» unterstützt die KMU bei dieser Herausforderung.

«ENERBUILD» setzt dabei auf verschiedene Massnahmen. Dazu gehört der Transfer von technischem Know-how. Diesem dient der Aufbau einer überregionalen Datenbank mit Hilfe der Know-how-Träger und der spezialisierten KMU. Zudem passt «ENERBUILD» das Ausbildungsangebot im energieeffizienten Bauen den Bedürfnissen der KMU an. Ziel ist es, Lücken zu schliessen und das Ausbildungsangebot innerhalb des Alpenraums zu koordinieren. «ENERBUILD» erstellt im Weiteren eine Übersicht über die im Alpenraum verwendeten Baulabels, um den KMU einen schnellen Anforderungs- und Normenvergleich zu ermöglichen. Ein Argumentarium bezweckt, den nach wie vor verbreiteten Einwänden gegen Minergiebauten zu begegnen. In «ENERBUILD» arbeiten Partner wie InnovationsTransfer Zentralschweiz (ITZ) gemeinsam mit der Hochschule Luzern, der Energieagentur Obersteiermark oder der Regionalentwicklung Vorarlberg. Sie sorgen so dafür, dass wichtige Arbeitsplätze in den Alpenregionen erhalten bleiben.

ENERBUILD

- Laufzeit: Juli 2009 bis Juni 2012
- Budget: 2 961 502 EUR
- Anzahl Partner: 13
- Schweizer Projektpartner: ITZ (InnovationsTransfer Zentralschweiz)

www.enerbuild.eu

Interview mit Willy Küchler, Geschäftsführer von ITZ



Willy Küchler ist Geschäftsführer von ITZ. Zu den Aufgaben von ITZ gehört es, die Wettbewerbsfähigkeit der KMU in der Zentralschweiz zu fördern. Dazu werden Wissens- und Technologietransfers organisiert – sowohl zwischen KMU als auch zwischen KMU und Hochschulen oder Universitäten.

Der Erwerb von Wissen für die neue Bautechnik ist für KMU mit Aufwand und Kosten verbunden. Wie erleben Sie die Reaktion der Betroffenen auf die neue Bautechnik?

KMU reagieren an sich sehr schnell auf neue Marktbedürfnisse. Immer wieder – nicht nur im Bausektor – ist aber festzustellen, dass KMU zwar schnell reagieren, in der Tiefe aber das Wissen fehlt, um am Markt das Richtige umzusetzen. Ein Beispiel hierfür ist das Minergie-Label. Baubetriebe und Architekten haben schnell auf die Einführung dieses Labels reagiert und bieten interessierten Kunden Minergie-Häuser an. Doch fehlt es oft an Wissen, beispielsweise über den Feuchtigkeitsaustausch bei sehr dichten Fassaden und Fenstern. In der Praxis passieren so Fehler, die dann Minergie mit schlechter Luftqualität in Verbindung bringen. Das schadet den KMU, aber natürlich auch dem Label «Minergie». Mit «ENERBUILD» möchten wir dem entgegenwirken und den KMU Hilfe bieten, damit sie ihre Arbeit gut machen können.

Wie erleben Sie bei ITZ die Zusammenarbeit mit Projektpartnern mit anderen institutionellen Hintergründen wie beispielsweise der Energieagentur Obersteiermark?

Für uns ist es eine Riesenchance, im Alpenraum mit diesen Partnerinnen und Partnern zusammenzuarbeiten. Einerseits hat sich aus der Teilnahme an «ENERBUILD» ein sehr gutes Beziehungsnetz ergeben. Gleichzeitig profitieren wir von Tätigkeiten, die die anderen Partner ausüben. Jeder Partner hat seine spezielle Ausrichtung und überall kann man etwas lernen: Wie werden Massnahmen umgesetzt, welche Lösungen werden erarbeitet?

Eine Triebfeder für unsere Teilnahme war aber auch, dass wir unseren KMU Wege in andere Regionen ebnen können. Sucht eines unserer KMU beispielsweise eine Möglichkeit in der Steiermark, können wir mit unserem steirischen Partner in «ENERBUILD» die Unterstützungsmöglichkeiten prüfen, ähnlich einer niederschweligen Osec (Kompetenzzentrum der Schweizer Aussenwirtschaftsförderung, informiert, berät und begleitet Schweizer und Liechtensteiner KMU bei ihren internationalen Geschäftsvorhaben).

ITZ arbeitet eng mit Firmen aus der Privatwirtschaft zusammen. Diese sind in INTERREG-B-Projekten tendenziell untervertreten. Wo sehen Sie Chancen für die Privatwirtschaft bei einer Teilnahme an einem INTERREG-B-Projekt?

Für uns in der Zentralschweiz sind INTERREG-B-Projekte sehr wichtig, da wir die einzige Region in der Schweiz sind, die keine Aussengrenze hat und deshalb bei INTERREG A nicht mitmachen kann. INTERREG B ermöglicht, mit Regionen ausserhalb der Schweiz in Kontakt zu kommen. Dank INTERREG B sind beim Export oder bei der Internationalisierung erste Schritte möglich. Beispielsweise lassen sich mit den Projektpartnern leicht gegenseitige Besuche organi-

sieren, etwa bei Holzbaubetrieben in Vorarlberg. Daraus ergeben sich Kontakte und es eröffnen sich neue Möglichkeiten.

INTERREG B ist zwar ein transnationales Programm. Profitieren die Zentralschweizer Kantone davon, dass ITZ sich an einem Projekt wie «ENERBUILD» beteiligt?

Auf jeden Fall. Die Region Luzern beispielsweise überlegt sich, wie sie Energie effizienter nutzen kann. Vorarlberg ist für uns ein sehr gutes Vorbild. Dort sind sie uns einige Schritte voraus, was die Vermarktung und effiziente Nutzung von Energie angeht. Wir konnten durch «ENERBUILD» vor Ort Wissen beschaffen, das wir mehr oder weniger eins zu eins in der Region Luzern umsetzen können.

Beim Bau einer Siedlung im Kanton Obwalden konnten wir im Rahmen von «ENERBUILD» einen Innovationstransfer zwischen der Hochschule Luzern und dem Bauplanungsbüro im Kanton Nidwalden organisieren. Die Hochschule Luzern hat eine Studie erstellt, wie die Elektroinstallationen in solchen Siedlungen ausgeführt werden müssen, damit die Energie heute und in Zukunft effizient genutzt wird. Letztlich ist ein solcher Transfer natürlich das Ziel von ITZ. Die Teilnahme an INTERREG-B-Projekten soll kein reiner Selbstzweck sein.

wk@itz.ch

«ALPS BIO CLUSTER»

Bio- und Medizinaltechsektor vernetzen



«Alps Bio Cluster» kreiert ein alpenweites Netzwerk mit Firmen aus dem Biotech- und Medizinaltechniksektor. Ziel ist es, die Stellung im globalen Markt und den Austausch zwischen Firmen und Forschungsinstitutionen zu verstärken.

«Alps Bio Cluster» bezweckt den Aufbau eines transnationalen Netzes von Clustern im Biotechnologie- und Medizinbereich. Zentrale Bereiche sind insbesondere «personalisierte Medizin», «medizinische Diagnostik» und «die Anpassung von Behandlung und Pflege, um die Selbständigkeit der Pflegebedürftigen zu stärken».

Am Projekt beteiligen sich Hochschulen und private Akteure aus sechs Alpenregionen in Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und der Schweiz. Obwohl sich in jeder dieser

Regionen starke Life-Sciences-Industrien befinden, erreichen diese nicht die kritische Grösse, um auf globaler Ebene wettbewerbsfähig zu sein. Das Interesse an einer Zusammenarbeit liegt deshalb auf der Hand. Insbesondere soll das Projekt den Aufbau eines gemeinsamen internationalen Marketingdienstes für die KMU ermöglichen.

Das Projekt will im Weiteren die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungszentren und Industrie erleichtern und so die Innovationsfähigkeit der Unternehmen im erweiterten Alpenraum verbessern. Gegenseitiges Vertrauen und direkte Kontakte, die im transnationalen Umfeld häufig fehlen, sind zwei Erfolgsfaktoren für Technologietransfers und Innovationsprozesse von KMU. «Alps Bio Cluster» soll dazu beitragen, Kontakte zu knüpfen und das notwendige Vertrauen zu schaffen. Insbesondere sollen zwei thematische Netzwerke errichtet werden, die das Projekt selbst überdauern.

In der Schweiz wird «Alps Bio Cluster» von «BioAlps», dem Life-Sciences-Cluster in der Westschweiz, getragen. «BioAlps» umfasst sieben Kantone sowie Universitäten, Hochschulen und nicht weniger als 750 in diesem Sektor tätige Unternehmen.



Alps Bio Cluster

Biotech and Medtech in Alpine Space

- Laufzeit: Oktober 2008 bis September 2011
- Budget: 1 862 505 EUR
- Anzahl Partner: 8
- Schweizer Projektpartner: BioAlps – Lake Geneva Life Science Cluster

www.alpsbiocluster.eu

Interview mit Daniel Cefai, Mitglied des Exekutivausschusses von «BioAlps»



Daniel Cefai ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich «angewandte Forschung» der Universität Neuchâtel. Er ist zuständig für den Technologietransfer und fungiert als regionale Kontaktstelle des schweizerischen Informationsnetzwerks «Euresearch». Als Mitglied des Exekutivausschusses von «BioAlps», dem schweizerischen Partner von «Alps Bio Cluster», ist er an der Umsetzung dieses Projekts beteiligt.

Welche Bedeutung hat der Biotechnologie- und Medizinalsektor in der Westschweiz?

Der Life-Sciences-Sektor, zu dem die Bio- und Medizinaltechnologie gehören, umfasst in der Westschweiz rund 25 000 Forschende in 750 Unternehmen und Forschungszentren. Diese Forschungszentren wie EPFL, Universitäten und Fachhochschulen sind eigentliche Innovationszentren. Die Genferseeregion ist als dynamischste Region für Innovationen im Life-Sciences-Bereich Europas anerkannt. Der Cluster «BioAlps» verzeichnete in den letzten Jahren ein Wachstum, während andere grosse Cluster im Life-Sciences-Bereich, beispielsweise in der «Boston Area», eher einen Rückgang verzeichneten. Das Genferseegebiet positioniert sich somit auf diesem Gebiet deutlich besser als andere Regionen, die im Biotechnologie-Bereich zwar über eine lange Tradition verfügen, aber mit mehr Schwierigkeiten bei der Erneuerung kämpfen.

Welche Vorteile sehen Sie in der transnationalen Zusammenarbeit für «BioAlps»?

«BioAlps» vertritt an allererster Stelle die im Life-Sciences-Bereich tätigen Unternehmen und Institutionen der sieben Kantone der erweiterten Genferseeregion. Dank «Alps Bio Cluster» kann «BioAlps» seinen Unternehmen und Forschungsinstituten Erfahrungsaustausche und potenzielle Partnerschaften in einem grösseren als dem schweizerischen Markt anbieten.

Gleichzeitig hilft «Alps Bio Cluster» «BioAlps» auch dabei, Innovationen im Life-Sciences-Bereich in der Westschweiz zu fördern.

Unabhängig davon kann man von den Nachbarregionen immer viel lernen, weil sie unterschiedliche Geschäfts-, Innovations- und Finanzierungsmodelle haben. Ein Vergleich der Gesundheitssysteme in den Partnerregionen hat gezeigt, dass bei der Patientenversorgung und bei der Kostenrückerstattung für Medikamente und Behandlungen grosse Unterschiede bestehen.

Im Fall der Telemedizin könnte es beispielsweise gelingen, im Rahmen eines transnationalen Projekts wie «Alps Bio Cluster» einen europäischen Standard für die Datenübertragung festzulegen.

Wie können die KMU konkret in die Projektaktivitäten eingebunden werden?

KMU können an Veranstaltungen und Arbeitsgruppen von «Alps Bio Cluster» teilnehmen. Sie erhalten so die Gelegenheit, innerhalb von ein, zwei Tagen einen sehr breiten Kreis an akademischen Institutionen oder Unternehmen zu treffen, die in für sie relevanten Bereichen arbeiten und forschen. Dadurch, dass Fachleute innerhalb eines kurzen Zeitraums an einem einzigen Ort versammelt sind, ergeben sich zahlreiche Möglichkeiten, Kontakte zu knüpfen und Partnerschaften einzugehen. Gleichzeitig hält sich der Zeitaufwand in Grenzen.

Nebst Vorlesungen schaffen wir Platz für Begegnungen. So organisieren wir am Rande der Kongresse soziale Anlässe oder stellen beispielsweise Räume für «One-to-one»-Sitzungen zur Verfügung.

Ist «Alps Bio Cluster» auch für Forschende an Universitäten oder Hochschulen von Interesse?

Auf jeden Fall. In «Alps Bio Cluster» können sich Forschende verschiedener Regionen austauschen. Falls sie feststellen, dass sie in sich ergänzenden Bereichen tätig sind, können sie beispielsweise ein gemeinsames europä-

isches Forschungsprojekt planen. Wie wir bei «Euresearch» gesehen haben, gestaltet sich gerade die Bildung von Konsortien auf europäischer Ebene manchmal sehr schwierig. «Alps Bio Cluster» kann hier Unterstützung leisten, weil es sich ergänzende Kompetenzbereiche aus verschiedenen europäischen Ländern zusammenführt.

Schliesslich hilft «Alps Bio Cluster» mit der Organisation von Workshops bei der Bewerbung für Projektausschreibungen. Dies ist vor allem bei Ausschreibungen im Rahmen des «Framework Programme» (FP7) der Fall, eines Programms der EU, das die wissenschaftliche Zusammenarbeit in Europa fördert.

Was können die KMU und Forschungsinstitute von «Alps Bio Cluster» lernen?

«Alps Bio Cluster» ermöglicht Einblicke in die unterschiedlichen nationalen Gesundheitsmodelle und zeigt auf, welche Lösungen in den verschiedenen Ländern umgesetzt wurden. Andererseits sieht man aber auch, dass letztlich nur eine kleine Anzahl an Innovationen wirklich zum Ziel führen wird. Und genau dieses Nachdenken über mögliche Lösungen und Innovationspotenziale kann zu Forschungsprojekten und gezielten Partnerschaften führen. Das sind die Botschaften, die unsere Unternehmen und Forschenden aus unseren Veranstaltungen mitnehmen. Ein KMU erkennt etwa, dass eine Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten oder anderen KMU aus den «Alps-Bio-Cluster»-Partnerländern nützlich sein könnte, weil das KMU dadurch neue Lösungen oder Technologien in Betracht ziehen wird; Lösungen und Technologien, die ihm erlauben, auf neuartige Herausforderungen und Bedürfnisse von Gesellschaft und Wirtschaft zu reagieren und damit am Ball zu bleiben.

daniel.cegai@unine.ch

«COMUNIS»

Strategien für die interkommunale kommerzielle Standortförderung



Das Projekt «COMUNIS» setzt auf die effiziente Nutzung von Ressourcen, indem die einzelnen Modellregionen Instrumente zur überkommunalen kommerziellen Standortförderung entwickeln. Erfahrungen und Wissen der einzelnen Regionen werden zur Optimierung von Standortförderungsstrategien ausgetauscht.

«COMUNIS» ist ein Projekt des Programms «Alpenraum». Es vereint Partnerinnen und Partner wie die Fachhochschule Westschweiz-Wallis, die Handelskammer Lyon, die Regionalentwicklung Vorarlberg oder den Kanton Wallis. Gemeinden konkurrieren bei der industriellen und gewerblichen Entwicklung, weil diese zentral ist für die Schaffung regionaler und lokaler Arbeitsplätze. Sie hilft, der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte vorzubeugen, und bietet eine Alternative zum Tourismus.

Die kommerzielle Standortförderung der Gemeinden besteht jedoch oft nur darin, kurzfristig auf einzelne Anfragen durch interessierte Firmen zu reagieren. Meist fehlt der regionale Blick auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt, wodurch Ressourcen verloren gehen. Erfolgversprechender ist es, wenn Gemeinden gemeinsam versuchen, interessierten Firmen ein Paket an attraktiven Möglichkeiten zu offerieren und sich somit als Region zu profilieren.

«COMUNIS» will deshalb eine Strategie zur gemeinsamen industriellen und gewerblichen Standortförderung entwickeln. Diese Strategie soll auf die spezifischen Bedingungen der Alpengemeinden eingehen und wird in verschiedenen Modellregionen erarbeitet, erprobt und weiterentwickelt. Dabei entwickelt «COMUNIS» nicht nur konkrete Richtlinien, wie diese Strategie umgesetzt werden kann, sondern zeigt auch auf, wie die Arbeit in den Gemeinden organisiert werden muss und in welchen rechtlichen Rahmen sie einzubetten ist. «COMUNIS» schafft in den Modellregionen zudem nachhaltige Strukturen, die die Umsetzung der gemeinsamen Strategie zur industriellen und gewerblichen Standortförderung gewährleisten. Im Vordergrund steht die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden. Im Detail wird beispielsweise ermöglicht, dass die Gemeinden Industrie- oder Gewerbebezonen gemeinsam planen.



- Laufzeit: Juli 2009 bis Juni 2012
- Budget: 2 110 663 EUR
- Anzahl Partner: 11
- Schweizer Projektpartner:
Fachhochschule Westschweiz-Wallis
Kanton Wallis
Schweizerische Beratungsgruppe
für Regionen und Gemeinden (SEREC)

www.comunis.eu

Interview mit Nathalie Stumm, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fachhochschule Westschweiz



Nathalie Stumm ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fachhochschule Westschweiz-Wallis. Sie betreut die Teilnahme an «COMUNIS» und kümmert sich um weitere Projekte wie «INCUBUS» oder die Machbarkeitsstudie für eine kantonale Tourismusbeobachtungsstelle im Wallis.

Welchen Nutzen bringt die transnationale Zusammenarbeit im Projekt «COMUNIS»?

Grundsätzlich ermöglichen grenzüberschreitende Projekte eine Annäherung zwischen zusammengehörigen Regionen und damit eine Annäherung der vom Projekt erfassten Bevölkerung. Der transnationale Ansatz führt Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammen, die sich eine Zusammenarbeit miteinander vielfach nicht gewohnt sind. So gibt es in «COMUNIS» sehr viele unterschiedliche Partnerinnen und Partner: Universitäten, Unternehmen, Regionen und sogar ein Ministerium sind mit dabei. Dank der unterschiedlichen Ansätze dieser Partner ergeben sich sehr interessante Synergien. Wir lernen Beispiele von «Good Practices» kennen, die es auf unserem Gebiet in dieser Form noch nicht gibt. Aufgrund seiner europäischen Dimension wird natürlich auch die Medienpräsenz des Projekts erhöht.

Inwiefern profitiert die Fachhochschule Westschweiz von der Teilnahme an einem INTERREG-B-Projekt?

Bereits die Teilnahme an sich ist sowohl für die Institution selbst als auch für die Mitarbeitenden ein Gewinn. Man lernt neue Arbeitstechniken und findet Einlass in Netze, zu denen man zuvor keinen Zugang hatte. Für die Fachhochschule Westschweiz ist die Teilnahme an «COMUNIS» auch eine Form von Werbung. Wir können das Image verbessern und im

europäischen Umfeld Bekanntheit erlangen. Das ist ein grosses Plus. Schliesslich bedeutet die Teilnahme an einem solchen Projekt auch immer eine gewisse Anerkennung von aussen.

Die Fachhochschule Westschweiz ist Leadpartner bei «COMUNIS». Was bedeutet das für Sie?

Die Aufgabe des Leadpartners ist eine Herausforderung und eine Investition. Wir koordinieren und leiten das Projekt. Es gilt sicherzustellen, dass der Zeitplan für die Umsetzung der Aktivitäten eingehalten wird und das Projekt über eine möglichst grosse Medienpräsenz verfügt. Es bedeutet aber auch, über die Kommunikation zwischen dem Leadpartner und dem Programmsekretariat Bericht zu erstatten. Die Partnerinnen und Partner müssen über alles informiert werden. Auch die Konfliktbewältigung gehört zu unseren Aufgaben, und schliesslich müssen wir sicherstellen, dass die Projektmittel angemessen genutzt werden. Wir haben auch die Möglichkeit, das Projekt in unserem Sinne zu steuern, was wir bis zu einem gewissen Grad auch machen. Wichtig ist uns aber vor allem, den Partnerinnen und Partnern so viel Spielraum wie möglich zu gewähren.

In der föderalistischen Schweiz legen die meisten Gemeinden viel Wert auf ihre Autonomie. Wie haben die Gemeinden auf die von «COMUNIS» angestrebte interkommunale Zusammenarbeit reagiert?

In «COMUNIS» ist die Arbeit mit den Gemeinden sehr wichtig. Die Gemeinden sind die Partner vor Ort. Sie kennen die Situation in der Praxis und sie beteiligen sich in ihrem eigenen Interesse an der Umsetzung der Projekthalte. Die Gemeinden müssen nachweisen, dass das Pilotprojekt, das sie auf ihrem Gebiet durchführen möchten, machbar ist. Innerhalb der Partnerschaft stellt man jedoch fest, dass die Gemeinden manchmal zögern. So erweist sich die Zusammenarbeit ab und an als schwierig, vor allem, wenn die Gemeinden

vom Nutzen des Projekts nicht überzeugt oder hinsichtlich der interkommunalen Zusammenarbeit bereits desillusioniert sind. Dann gibt es natürlich auch den finanziellen Aspekt: Für die Projektteilnahme erhalten die Gemeinden kein Geld. Es ist deshalb schwierig, sie zur Teilnahme zu bewegen. Um zu verhindern, dass das Engagement auf Praxisebene abflacht, wenn das Projekt konkret wird, haben wir jeweils eine offizielle Zusage der Gemeindepräsidenten verlangt.

Welcher wirtschaftliche Einfluss kann von einem solchen Projekt für die Regionen oder Gemeinden erwartet werden?

Die Schweizer «COMUNIS»-Pilotregionen sind das französischsprachige Wallis und insbesondere die Region Sierre mit der Industriezone «Ile Falcon». Dort entsteht gegenwärtig eine Pilotzone für industrielle Ökologie, wo Umweltschutzmassnahmen im industriellen Bereich lanciert werden sollen. Bereits ansässigen Unternehmen bietet sich die Chance, ihre Aktivitäten vor ökoindustriellem Hintergrund neu zu erfinden. Wir hoffen, zudem neue Unternehmen nach «Ile Falcon» in Sierre locken zu können.

Auch wenn sich industrielle Ökologie stark am Umweltschutz orientiert, beruht ihr Erfolg darauf, dass sie sich dem Druck der Wettbewerbsfähigkeit stellt. Eine auf Wissen und technologischer Innovation beruhende regionale Wirtschaft ist ein starkes Markenzeichen. In der Tat könnte sich industrielle Ökologie bald zum lokalen Standortvorteil entwickeln und so die regionale Identität prägen. Bei Erfolg sollte das Projekt auf weitere Gemeinden im Wallis oder andernorts ausgedehnt werden.

nathalie.stumm@hevs.ch

«CLISP»

Klimawandelfitness der Raumplanungsinstrumente verbessern



Auch im Projekt «CLISP», das die Anpassung an den Klimawandel im Bereich der Raumplanung untersucht, spielen Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen den Partnern und Modellregionen eine zentrale Rolle.

Die Alpen reagieren sensibler auf die Auswirkungen des Klimawandels als Regionen im Mittelland. Das hat Folgen für die Alpen als Lebensraum: Extremereignisse wie Hitzewellen oder Überschwemmungen treten häufiger auf – mit den bekannten Risiken für Menschen und Infrastrukturen. Solche Ereignisse beeinträchtigen nicht nur den Lebensraum, sondern schmälern auch Entwicklungsmöglichkeiten und führen zu vermehrten Raumnutzungskonflikten wie jenem zwischen Risikoprävention und Flächennutzung.

Konflikte dieser Art sind das Thema von «CLISP», das die Raumplanung als Instrument einsetzt, um die Anpassung an den Klimawandel zu steuern, die Verletzbarkeit zu mindern und die Widerstandsfähigkeit zu verbessern.

Damit die Raumplanung diese Schlüsselrolle erfüllen kann, sind allerdings geeignete Verfahren notwendig. «CLISP» erforscht zu diesem Zweck die «Klimawandelfitness» der Raumplanungssysteme in den Modellregionen – in der Schweiz der Kanton Graubünden. Beinhalten die Gesetze bereits Anpassungsmöglichkeiten? Bestehen Instrumente und Verfahren, die Anpassungen an den Klimawandel zu steuern? Ziel ist es, die «Klimawandelfitness» der Alpenregionen und ihrer Gemeinden zu verbessern. Dazu wird «CLISP» auch das Bewusstsein für die Folgen des Klimawandels bei den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit steigern. Dies soll dazu beitragen, dass die Erkenntnisse in den verschiedenen Regionen auch umgesetzt werden.

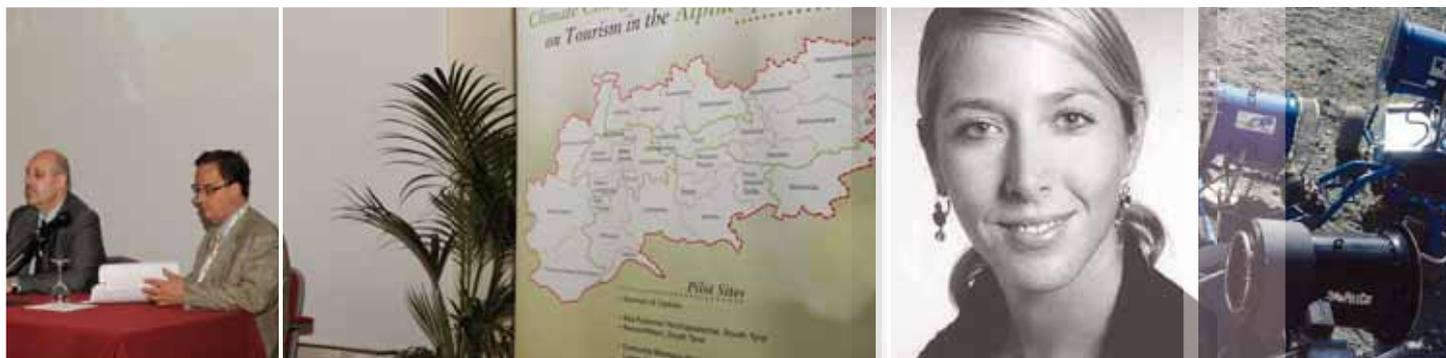
Die Zusammenarbeit von Projektpartnern mit unterschiedlichem institutionellem Hintergrund wie dem Amt für Raumentwicklung im Kanton Graubünden, dem Forschungsinstitut EURAC in Bozen oder dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) erlaubt, breit abgestützte Ergebnisse zu erzielen. Die einzelnen Modellregionen konzentrieren sich auf thematische Schwerpunkte wie Wassermanagement oder Wintertourismus. Dies schafft die Voraussetzung für den Erfahrungsaustausch unter den Regionen und für einen effizienten Ressourceneinsatz.



- Laufzeit: September 2008 bis August 2011
- Budget: 2 522 990 EUR
- Anzahl Partner: 14
- Schweizer Projektpartner: Kanton Graubünden, Amt für Raumentwicklung
Bundesamt für Raumentwicklung (ARE)

www.clisp.eu

Interview mit Melanie Butterling, wissenschaftliche Mitarbeiterin im ARE



Melanie Butterling ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundesamt für Raumentwicklung (ARE). Sie betreut die Projektteilnahme des ARE an «CLISP» und ist dort hauptsächlich für die Evaluation der «Klimawandelfitness» der kommunalen und regionalen Raumplanungsinstrumente zuständig. Daneben betreut Melanie Butterling auch den Beitrag des ARE an die Strategie der Schweiz zur Anpassung an die Klimaänderung.

Wo sehen Sie für das ARE den Mehrwert aus der Teilnahme an «CLISP»?

Von den in «CLISP» gewonnenen Erfahrungen profitieren wir für den Beitrag des ARE an die nationale Strategie zur Anpassung an die Klimaänderung. Der Kanton Graubünden ist Pilotregion in «CLISP». Für uns als nationales Amt ergibt sich daraus ein guter Austausch mit der Kantonsebene. Wir können den Puls des Kantons spüren und herausfinden, welche Bedürfnisse und Wünsche die Kantone ans ARE und an die Strategie der Schweiz zur Anpassung an die Klimaänderung haben.

«CLISP» hat im ARE das Bewusstsein gesteigert, dass die Herausforderungen des Klimawandels auch Herausforderungen der Raumplanung sind.

Schliesslich besteht dank «CLISP» ein guter Austausch zwischen dem ARE und der Forschung – etwa mit der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL). Das ermöglicht dem ARE, in der Klimawandelforschung auf dem aktuellsten Stand zu sein.

Raumplanung findet in der Schweiz grösstenteils auf Gemeinde- und Kantonsebene statt. Inwiefern kann das ARE als nationale Behörde für «CLISP» einen Beitrag leisten?

Die Arbeit des ARE findet vor allem auf strategischer und konzeptueller Ebene statt. Wir können nicht neue Pläne aus dem Boden stampfen, das ist klar. Trotzdem stehen uns vielfältige

Instrumente zur Verfügung. Nebst der Gesetzgebung arbeitet das ARE auch an Konzepten wie dem «Raumkonzept Schweiz». Wir prüfen auch, wie wir die Resultate aus «CLISP» in die Strategie «Nachhaltige Entwicklung des Bundes» integrieren können, die vom ARE erarbeitet wird. Schliesslich lässt sich in den Sachplänen des Bundes festlegen, in welche Richtung sich die Raumplanung auf Gemeinde- und Kantonsebene bewegen soll.

Wie wird das in «CLISP» generierte Wissen umgesetzt?

Der Kanton Graubünden kann das Wissen, das er in seiner Pilotregion gewinnt, in die kantonale Klimapolitik einfließen lassen. Im ARE arbeiten wir an Folgeprojekten, mit denen wir die Handlungsempfehlungen und Resultate aus «CLISP» in Modellvorhaben anwenden. Ziel ist es, mit einem integralen Planungsansatz Anreize zu schaffen, damit lokale und kantonale Akteure sich vermehrt für das Thema «Klimawandel» einsetzen.

Zudem wird in «CLISP» versucht, aus den verschiedenen Erfahrungen in den Pilotregionen transnational gültige Handlungsempfehlungen abzuleiten. Dies ist gegen Projektende vorgesehen, wenn die Erfahrungen aus den Pilotregionen ausgewertet sind. Es wird interessant sein, zu sehen, inwiefern gemeinsame Empfehlungen formuliert werden können, da sich die Raumplanungssysteme in den verschiedenen Ländern teilweise stark unterscheiden. Doch lassen sich aus diesen Unterschieden letztlich auch interessante Erkenntnisse gewinnen.

Erleben Sie Schwierigkeiten bei «CLISP» aufgrund des transnationalen Ansatzes?

Schwierigkeiten sehe ich vor allem bei der englischen Sprache und bei der Kommunikation über die Distanz. Ich hatte hin und wieder den Eindruck, dass vor allem lokale Partnerinnen und Partner Mühe bekundeten, sich während einer Sitzung zu äussern, weil sie Hemmungen hatten, ihr Englisch auszupacken.

Diese Personen haben ihre Anliegen dann lieber beim gemeinsamen Abendessen in Deutsch mit mir besprochen.

Ein Projekt dieser Art ist auch sehr lehrreich. Aus der Erkenntnis, dass auch andere Herangehens- und Vorgehensweisen möglich sind, können neue Lösungsansätze gewonnen werden. Lösungsansätze, auf die man nicht gestossen wäre, wenn man nur national gearbeitet hätte. Die transnationale Zusammenarbeit dient in gewissem Sinne als Inspirationsquelle für Herangehensweisen und Lösungsansätze, die man von selbst vielleicht so nicht gewählt hätte, die sich aber als erfolgreich und sinnvoll herausstellen.

Haben Sie bei «CLISP» Instrumente entwickelt, um den Schwierigkeiten zu begegnen?

Bei den Sitzungen versuchen wir inzwischen, den Inhalt interaktiver zu gestalten. Es halten also nicht mehr einfach die Leader der einzelnen Arbeitspakete lange Monologe, sondern es findet verstärkt ein Austausch zwischen allen Partnerinnen und Partnern statt. Dadurch fühlen sich alle stärker verantwortlich. Der Teamgeist wird gestärkt.

Auch die gemeinsamen Essen und Unternehmungen finde ich in dieser Hinsicht sehr wichtig. Dort können Probleme und Unklarheiten informeller und auch mal bilateral angesprochen werden. Oder lokale Partner können mich auf Deutsch ansprechen.

melanie.butterling@are.admin.ch

«iMONITRAF!»

Negative Auswirkungen des transalpinen Schwerverkehrs reduzieren



Mit Massnahmen, die über den gesamten Alpenraum hinweg koordiniert werden, strebt das Projekt «iMONITRAF!» an, die negativen Auswirkungen des transalpinen Schwerverkehrs zu reduzieren.

Der alpenquerende Transitverkehr hat sich in den letzten 20 Jahren beinahe verdoppelt. Dies zwingt die betroffenen Regionen zum Handeln. Aber wie lassen sich die negativen Auswirkungen des Transitverkehrs reduzieren? Mit dieser Herausforderung beschäftigt sich das Projekt «iMONITRAF!». Zwar existieren in den einzelnen Ländern Massnahmen, um die negativen Auswirkungen des Transitverkehrs zu reduzieren. Doch es mangelt an der Koordination zwischen den einzelnen Initiativen. Die länderübergreifende Ebene spielt beim

alpenquerenden Transitverkehr jedoch eine wichtige Rolle, wenn verhindert werden soll, dass Massnahmen zu Ausweichverkehr auf Transportkorridore anderer Regionen führen. Die Herausforderung im alpenquerenden Güterverkehr packt «iMONITRAF!» mit einem langfristig angelegten politischen Netzwerk an. Dieses verleiht den betroffenen Alpen-Transitregionen eine gemeinsame Stimme und verschafft ihnen Gehör auf regionaler und nationaler Ebene sowie auf Stufe der EU. Ein jährlich stattfindendes Transportforum ermöglicht Politikern, Interessierten und Betroffenen, sich über die Resultate von «iMonitraf!» zu informieren und dem Projekt Feedback zu geben. In einem «Best-Practice-Guide» hat «iMONITRAF!» bereits aufgezeigt, welche Massnahmen die verschiedenen Länder und Regionen ergriffen haben und inwiefern diese Massnahmen in die anderen Transitregionen übertragen werden können. Eine gemeinsame Strategie soll dazu führen, dass die gewählten Massnahmen möglichst effizient umgesetzt werden können.

In «iMONITRAF!» treffen sich alle wichtigen Transitregionen der Korridore Fréjus, Mont-Blanc, Gotthard, Brenner und Tauern.



- Laufzeit: Juli 2009 bis Juni 2012
- Budget: 1 734 768 EUR
- Anzahl Partner: 10
- Schweizer Projektpartner:
Zentralschweizer Umweltdirektionen
(ZUDK)
Kanton Tessin, Amt für Raumplanung

www.imonitraf.org

Interview mit Rainer Kistler, Leiter Amt für Umweltschutz Kanton Zug



Rainer Kistler leitet das Amt für Umweltschutz des Kantons Zug. Als Sekretär der Zentralschweizer Umweltdirektionen (ZUDK) betreut er «iMONITRAF!», bei dem die Zentralschweiz als Projektleader waltet. Im Rahmen der ZUDK arbeiten die Umweltämter der Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Luzern und Zug eng zusammen und führen auch gemeinsam Projekte und Aktionen durch.

Ist der Mehrwert der transnationalen Herangehensweise bei einem Projekt wie «iMONITRAF!» tatsächlich so gross?

«iMONITRAF!» macht nur länder- oder regionenübergreifend Sinn. Alle Alpenregionen haben zwar einzeln Massnahmen getroffen, um die Umweltauswirkungen des transalpinen Schwerverkehrs zu reduzieren. Einzelstaatliche Massnahmen können aber zu Ausweichverkehr in einer anderen Region führen. Das ist weder nachhaltig noch politisch sinnvoll. Wir müssen deshalb solidarische Lösungen finden. Die Regionen sind für bestimmte Massnahmen zudem teilweise zu klein. Ein gutes Beispiel ist das Nachtfahrverbot auf einzelnen Strecken in Tirol. Die Lastwagen sammeln sich vor der Nachtfahrverbotsstrecke und fahren am Morgen alle gleichzeitig los. Die Luftbelastung steigt zu diesem Zeitpunkt enorm an. Erreicht wird das Gegenteil von dem, was beabsichtigt war.

Für Massnahmen dieser Art braucht es grosse Räume und transnationale Koordination.

Die von «iMONITRAF!» verfolgten Ziele sind in der Schweiz aufgrund der Alpeninitiative bereits in der Verfassung verankert. Wieso ist ein solches Projekt trotzdem notwendig?

Richtig, betrachtet man nur die Schweiz, ist ein Projekt wie «iMONITRAF!» vielleicht weniger zwingend. Doch sind Massnahmen, die ausschliesslich in der Schweiz umgesetzt werden, nur bedingt wirksam und politisch auch schwer durchsetzbar. Es geht deshalb darum, die Schweizer Verkehrspolitik den anderen Alpenregionen schmackhaft zu machen und die dortigen Verantwortlichen dabei zu unterstützen, dieselben oder ähnliche Massnahmen einzuführen. Wir dürfen nicht vergessen: «iMONITRAF!» steht zwar in Einklang mit der schweizerischen Verkehrspolitik, in Ländern wie Österreich ist dies aber nicht der Fall. Die Region Tirol sucht sich deshalb gleichgesinnte Partner im Ausland. «iMONITRAF!» bietet der Schweiz einen Kanal für die behutsame Vermarktung ihrer Verkehrspolitik. In Wien trifft die Schweiz nicht in gleichem Masse auf offene Ohren wie die Region Tirol. Schliesslich können wir dank «iMONITRAF!» von den Erfahrungen und Lösungen der anderen Alpenregionen profitieren.

«iMONITRAF!» möchte politisch Einfluss nehmen – in den Alpenländern wie auch in Brüssel, wo die EU-Verkehrspolitik gemacht wird. Plant «iMONITRAF!», die Zusammenarbeit auch nach dem offiziellen Ende des Projekts fortzusetzen?

Wir erhoffen uns, dass zumindest ein Teil der geschaffenen Strukturen bestehen bleibt. Einerseits versuchen wir ja ein politisches Netzwerk zu etablieren und möchten, dass die politischen Bande, die an den drei Transportforen geknüpft werden, nach Projektende bestehen bleiben und solche Foren auch weiterhin stattfinden. Politisches Commitment ist für den längerfristigen Erfolg transnationaler

Projekte sehr wichtig. Andererseits wünschen wir uns, dass die gemeinsame Datenauswertung, die wir im Rahmen von «iMONITRAF!» vornehmen, nach Projektende fortgesetzt wird.

Wie muss eine Strategie für den alpenquerenden Transitverkehr aussehen, damit sie tatsächlich Durchschlagskraft entwickeln kann?

Mit «iMONITRAF!» tasten wir uns an diese Frage heran. In unserem «Best-Practice-Guide» haben wir analysiert und festgehalten, was die verschiedenen Regionen bereits unternommen haben. Nun gilt es eine Strategie für den alpenquerenden Transitverkehr zu erarbeiten. Dies gleicht ein bisschen der Quadratur des Kreises. Die lokale Bevölkerung legt viel Wert auf eine gute Erreichbarkeit, möchte aber möglichst wenig durch Emissionen des Transitverkehrs belastet werden. Eine erfolgreiche Strategie muss wohl darauf ausgerichtet sein, möglichst viel des Transitverkehrs von der Strasse auf die Schiene zu verlagern, ohne aber den Personenverkehr völlig von der Schiene zu verdrängen.

Zurzeit existiert noch keine Richtung, die von allen Partnern getragen würde. Ich stelle aber eine grosse Offenheit für die Massnahmen der jeweiligen anderen Regionen fest. Doch variieren der Autonomiestatus und damit auch die Handlungsmöglichkeiten der verschiedenen Regionen stark. Einigkeit besteht darin, dass möglichst kein Ausweichverkehr produziert werden soll und dass die bestehenden und geplanten Bahninfrastrukturen optimal zu nutzen sind.

rainer.kistler@zg.ch

«CODE24»

Realisierung des «Schienekorridors 24» sicherstellen



Das Projekt «CODE24» nimmt sich ebenfalls einer Herausforderung an, die nur koordiniert sinnvoll gelöst werden kann: der Beseitigung von Lücken und Flaschenhälsen auf dem «Schienekorridor 24», der die Häfen von Rotterdam, Antwerpen und Genua verbindet. Dadurch soll der Aufbau einer leistungsfähigen Nord-Süd-Schienenverbindung gewährleistet werden.

Die Verlagerung der Güter von der Strasse auf die Schiene ist ein Hauptanliegen der schweizerischen Verkehrspolitik. Dieses Anliegen setzt voraus, dass neben der Bahninfrastruktur im Inland auch das Schienennetz auf der Nord-Süd-Achse insgesamt die notwendigen Kapazitäten erreicht. Der «Schienekorridor 24» verbindet die internationalen Häfen von Rotterdam und Antwerpen mit jenem von Genua am Mittelmeer. Auf dem «Korridor 24» werden pro Jahr 700 Millionen Tonnen Fracht befördert, was rund der Hälfte der gesamten Nord-Süd-Fracht auf der Schiene entspricht. Die beiden Basistunnels in der Schweiz – Lötschberg und Gotthard – sind wegweisend

für die Entwicklung des «Korridors 24». Sobald die Zulaufstrecken entsprechend ausgebaut sind, erhält Europa eine leistungsfähige Nord-Süd-Verbindung. Allerdings schränken einige Lücken und Flaschenhälsen im Schienennetz die Leistungsfähigkeit dieses Korridors sowie die gewünschte Erschliessungsqualität ein.

Das Projekt «CODE24» im Rahmen des Programms «Nordwesteuropa» hat sich zum Ziel gesetzt, die Realisierung des gesamten «Korridors 24» sicherzustellen und zu beschleunigen. Die wirtschaftliche Leistung soll speziell im Hinblick auf den Gütertransport und die Logistiknetzwerke gesteigert werden. Die Beschleunigung des Streckenausbau und die Steigerung der Transportkapazitäten werden so gestaltet, dass einerseits die wirtschaftliche und räumliche Entwicklung gefördert wird, gleichzeitig aber auch negative Umweltauswirkungen durch den Schienenverkehr reduziert werden. Unter anderem soll ein Planungsleitfaden für innovative Lärmschutzsysteme zum Gelingen beitragen. Das Projekt stärkt nicht zuletzt die Rolle der regionalen Akteurinnen und Akteure entlang des «Korridors 24».

Schweizer Partner im Projekt ist das Institut für Raum- und Landschaftsentwicklung (IRL) der ETH Zürich, unterstützt vom «Gotthard-Komitee». Nebst dem IRL sind zahlreiche Akteurinnen und Akteure beteiligt, beispielsweise die Hafenbehörde Genua, die Region Ruhrgebiet oder die Logistikfirma Transcare.



- Laufzeit: Oktober 2008 bis Dezember 2013
- Budget: 6 696 755 EUR
- Anzahl Partner: 16
- Schweizer Projektpartner: ETH Zürich, Institut für Raum- und Landschaftsentwicklung (IRL)

www.code-24.eu

Interview mit Felix Günther, Leiter von Weiterbildungsprogrammen an der ETH Zürich



Felix Günther arbeitet am IRL der ETH Zürich. Dort betreut er das Projekt «CODE24» und leitet die Weiterbildungsprogramme «MAS Raumplanung» und «CAS Raumentwicklung» der ETH Zürich.

«CODE24» hat sich zum Ziel gesetzt, den Streckenausbau im «Korridor 24» möglichst umweltverträglich zu gestalten. Wie soll das konkret geschehen?

Prof. Bernd Scholl von unserem Institut hat das INTERREG-B-Projekt initiiert, weil Fragen zu allfälligen Raumnutzungskonflikten in der Diskussion um den Ausbau des «Korridors 24» bis anhin eher aussen vor gelassen wurden. Mancherorts ist die Opposition der Bevölkerung heute so gross, dass deswegen das ganze Verlagerungsziel in Schwierigkeiten geraten könnte. Mit «CODE24» möchten wir nicht einfach nur eine Übersicht erstellen, wo es Konflikte gibt, sondern helfen, diese vor Ort zu lösen. So führen wir als Pilotprojekt eine Testplanung im Raum Oberhausen-Emmerich durch. In dieser Region zwischen zwei für den Schnellverkehr ausgebauten Strecken in Deutschland und Holland soll die Bahnstrecke ausgebaut werden. Der Abschnitt führt durch verschiedene Dörfer. Die Bevölkerung hat grosse Angst vor den Folgen, die der Ausbau mit sich bringt. Mit der Testplanung versuchen wir gemeinsam mit den lokalen Akteurinnen und Akteuren, aber auch mit Akteuren des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bahn, eine für das Gebiet erträgliche Lösung zu finden. Es scheint uns wichtig, dass die verschiedenen Gruppen einen gemeinsamen Dialog führen.

«CODE24» verbindet unterschiedliche Partnerinnen und Partner wie die genuesische Hafenbehörde, das Logistikunternehmen Transcare oder eben das IRL der ETH Zürich. Können deren Interessen tatsächlich auf einen Nenner gebracht werden?

Natürlich divergieren die Interessen bis zu einem gewissen Grad, insbesondere wenn die Interessen einer Region wie des Ruhrgebiets mit denen einer Hafenbehörde verglichen werden. Regionen möchten in der Regel die Emissionen möglichst gering halten, während die Häfen daran interessiert sind, ihre Abflusskanäle so weit wie möglich offen zu halten. «CODE24» bietet die Gelegenheit, diesen Interessengegensatz ausdiskutieren. Wird darauf verzichtet, besteht die Gefahr, dass der geplante Ausbau in einer Infrastrukturdebatte endet, die sich in zahlreichen Gerichtsverfahren gegen die Ausbaupläne der Bahn niederschlägt. Die Ausbaupläne würden auf Jahrzehnte blockiert. Dies wäre gefährlich, nicht zuletzt weil auch die Wirtschaft, die im Projekt eingebunden ist, die Ansicht vertritt, dass der Ausbau vorangetrieben werden muss. Gefährlich auch angesichts der Investitionen, die in anderen, vielleicht weniger wertschöpfungsintensiven Wirtschaftsräumen Europas getätigt werden.

«CODE24» soll aber auch den Spagat zwischen Wissenschaft, angewandter Planung und Politik schaffen.

Die Raumplanungssysteme der einzelnen Länder sind sehr verschieden. In welchen Bereichen der Raumplanung kann die Schweiz von den «CODE24»-Partnern lernen?

Es existieren an vielen Orten interessante Ansätze, aus denen wir neue Erkenntnisse gewinnen können. In Italien zum Beispiel wurden bei uns übliche informelle Planungsmethoden – Leitlinien, Entwicklungskonzepte, Testplanungs- oder Mitwirkungsverfahren – teilweise bereits in die formellen Raumplanungsverfahren integriert. Das sind Erfahrungen, die in

der Schweiz in dieser Form noch nicht gemacht wurden. Holland andererseits verfügt über eine starke nationale Planungsebene.

Der Vergleich dieser verschiedenen Systeme ist auch ein Unterthema von «CODE24». Ziel ist es, Erkenntnisse und Erfahrungen aus den verschiedenen Ländern zu sammeln, die unterschiedlichen Ansätze zu vergleichen und so neue Einsichten auch für die Schweiz zu gewinnen.

«CODE24» ist Ihre erste INTERREG-B-Projekterfahrung. Wie erleben Sie die Zusammenarbeit mit Partnerinnen und Partnern aus anderen Ländern und mit anderen institutionellen Hintergründen?

Das ist für mich sehr spannend. Ich habe zwar schon bei meinen früheren Stellen Erfahrungen mit internationaler Zusammenarbeit gemacht, hatte dort aber mehr mit privaten Akteuren zu tun. «CODE24» bietet mir jetzt die Gelegenheit, auch mit öffentlichen Akteuren aus Europa zusammenzuarbeiten. Interessant sind die verschiedenen kulturellen Hintergründe. So haben wir uns etwa mit der gleichen Fragestellung und der gleichen Einladung an dieselbe Anzahl Personen in Genua und Holland gewandt. In Genua waren wir schliesslich 30 und in Holland 4 Personen an der Sitzung.

Zu Beginn der Zusammenarbeit braucht es den persönlichen Kontakt, um die Leute einschätzen und erfolgreich mit ihnen zusammenarbeiten zu können. Die persönlichen Kontakte sind allerdings sehr zeitintensiv. Ich hoffe, dass wir in Zukunft vermehrt auf Videokonferenzen und E-Mail zurückgreifen können.

fguenther@ethz.ch

«DEMARRAGE»

Internationale Vermarktung des Rheinradwegs



«DEMARRAGE» zielt auf die internationale Vermarktung des Radtourismus entlang des Rheins. Die koordinierte Kommunikation und eine einheitliche Signalisation über die gesamte Strecke sollen helfen, den Radweg als Ganzes besser zu vermarkten.

Das Radtourismus-Angebot entlang des Rheins soll ausgebaut, besser koordiniert und kommuniziert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde das Projekt «DEMARRAGE» im Rahmen des Programms «Nordwesteuropa» lanciert. Die Stiftung «SchweizMobil» erarbeitet darin mit der European Cyclists Federation (ECF) sowie nationalen und regionalen Partnern aus den Niederlanden, Deutschland und Frankreich Grundlagen, um den Rheinradweg organisatorisch, infrastrukturell und kommunikativ zu fördern und als «EuroVelo»-Route nachhaltig zu sichern.

Eine im Mai 2009 erschienene «EuroVelo»-Studie des Europäischen Parlaments weist ein erhebliches wirtschaftliches Potenzial für den Velotourismus aus: Die Schätzungen gehen von jährlich 45 Millionen Reisen und 5 Milliarden Euro Umsatz auf dem Routennetz von «EuroVelo» aus. Die Erhebungen aus dem Netz von «Veloland Schweiz» bestätigen die hohe wirtschaftliche Bedeutung des Radtourismus: Auf den Routen von «Veloland Schweiz» werden Jahr für Jahr ungefähr 150 Millionen Franken ausgegeben.

Die Stiftung «SchweizMobil» ist als einer der federführenden Projektpartner mitverantwortlich für die Kommunikations- und Produktstrategie des Projekts «DEMARRAGE». Gleichzeitig ist «SchweizMobil» zuständig für die Wahrung der Schweizer Interessen sowie die Koordination innerhalb der Schweiz.

Dank des Projekts «DEMARRAGE» wird die nationale Veloland-Route Nr. 2 «Rhein» in das Netz von «EuroVelo» integriert, aufgewertet und wirkungsvoller kommuniziert. Hohe Bedeutung hat dabei das Internet: Erstmals in Europa soll eine Webarchitektur entwickelt und umgesetzt werden, die auf einer möglichst optimalen Verknüpfung der Informationen auf europäischer, Länder- und Regionsebene aufbaut. Das Projekt «DEMARRAGE» stellt sicher, dass die Schweiz die Standards für die Realisierung und europaweite Kommunikation internationaler Velorouten massgeblich mitbestimmen kann.



- Laufzeit: Januar 2009 bis April 2013
- Budget: 2 369 690 EUR
- Anzahl Partner: 18
- Schweizer Projektpartner: Stiftung «SchweizMobil»

www.schweizmobil.ch

Interview mit Lukas Stadtherr, Vertreter der Stiftung «SchweizMobil» im Projekt «DEMARRAGE»



Lukas Stadtherr repräsentiert die Stiftung «SchweizMobil» und ihre Partner Bund, Kantone, Tourismusorganisationen im Projekt «DEMARRAGE». Als Mitglied der Projektleitung «SchweizMobil», des «EuroVelo-Council» und als Mitinhaber des «Velo-büros» betreut er in- und ausländische Projekte im Bereich «Velo- und Langsamverkehrstourismus».

In den fünf Jahren, die «DEMARRAGE» dauert, wird zwischen den Partnerinnen und Partnern ein beachtlicher Erfahrungsaustausch stattfinden. Werden auch die Velofahrenden auf der Rhein-Route konkrete Auswirkungen dieses Projekts sehen können?

«DEMARRAGE» muss dieses Ziel erreichen. Das Projekt soll dazu animieren, dass Bundesländer, Kantone und Regionen noch mehr in Infrastrukturverbesserungen auf der Rhein-Route investieren. Investiert werden soll auch in die Signalisation: Der Rhein-Radweg erhält die Nummer 15. Sie wird – in Weiss auf blauem Feld und umrahmt mit zwölf gelben Sternen – die «EuroVelo»-Route 15 kennzeichnen.

Zudem soll die Internet-Information im Vergleich zu heute einfacher zugänglich und besser verknüpft werden. Ziel ist es, eine länderübergreifende Übersichtsseite zu erstellen, die für Detailinformationen zu einzelnen Streckenabschnitten mit den jeweiligen nationalen oder regionalen Seiten verlinkt wird. Eine solche Webarchitektur verhindert Doppelspurigkeiten und ist nachhaltig. Damit soll erstmals in Europa eine grenzüberschreitend koordinierte Webarchitektur für einen internationalen Radweg realisiert werden.

Es ist schon das zweite INTERREG-B-Projekt, an dem Sie und die Stiftung «SchweizMobil» teilnehmen. Was sind Ihre Motivationen, um sich an diesen manchmal als zu bürokratisch verschrienen Projekten zu beteiligen?

«SchweizMobil» will mit einer Teilnahme erreichen, dass das nationale Angebot «Veloland Schweiz» besser in den europäischen Kontext eingebunden und durch diese internationale Anbindung noch bekannter wird. Davon können die Regionen und Gemeinden entlang des Rheins wirtschaftlich profitieren, weil mehr Touristinnen und Touristen die Rhein-Route besuchen werden.

Gleichzeitig möchten wir die Standards in der Kommunikation – beispielsweise das Corporate Design oder die geplante Webarchitektur – massgeblich mitbestimmen. Europaweit ist kein Land in der Kommunikation radtouristischer Angebote so weit fortgeschritten und weist so viel Erfahrung auf wie die Schweiz. Das wird auch von den Nachbarländern immer wieder bestätigt. Via «DEMARRAGE» können wir diese Erfahrungen einbringen. Wir möchten durch unser Engagement aber auch verhindern, dass in der Kommunikation nicht funktionierende Lösungen realisiert werden, nach denen sich die Schweiz dann im schlimmsten Fall richten muss.

«DEMARRAGE» ist schliesslich auch als Mittel gedacht, um etwa in der Kommunikation Lösungen zu realisieren, die später auf jede internationale Route angewendet werden können. Wir möchten nicht für jede internationale Route neue und unabhängige Lösungen erarbeiten, sondern ein verständliches, gemäss einfachen und übertragbaren Regeln kommuniziertes Angebot realisieren.

Aus Sicht der Schweiz und von «SchweizMobil» ist INTERREG ein geeignetes Mittel, diese Fragen zu lösen. Ich sage dies auch im Bewusstsein, dass wir in INTERREG-Projekten administrativ deutlich weniger belastet werden als unsere Partnerinnen und Partner in der EU.

Zwischen Tourismusorten herrscht in der Regel eine grosse Konkurrenz. Ist das Potenzial des Radtourismus auf der Rhein-Route genügend gross, damit alle Regionen aus dem Projekt als Gewinner hervorgehen können?

Ganz bestimmt. Europäisch gesehen kann die Lösung nicht in der Konkurrenzierung, sondern nur in der Zusammenarbeit bestehen. Wenn grenzüberschreitende radtouristische Angebote auf der Basis gemeinsamer Spielregeln kommuniziert werden, gewinnen alle. Wenn beispielsweise in Deutschland mehr Velofahrende auf der Rheinroute unterwegs sind und darauf aufmerksam gemacht werden, dass diese Route bis in Nachbarländer weiterführt, profitiert auch die Schweiz davon und umgekehrt.

Acht Kantone unterstützen «DEMARRAGE» finanziell. Was hat diese Kantone davon überzeugt, das Projekt zu unterstützen? Inwiefern profitieren die Kantone von diesem Engagement?

Letztlich ist es im Interesse der Kantone, Investitionen, die sie bisher für das nationale Angebot «Veloland Schweiz» getätigt haben, bekannter zu machen und grenzüberschreitend noch besser zu kommunizieren.

Mitgeholfen haben könnte auch die Tatsache, dass die Stiftung «SchweizMobil» Gesuchsteller gewesen ist. «SchweizMobil» (bis 2008 die Stiftung «Veloland Schweiz») steht seit mehr als 15 Jahren dafür ein, dass lancierte Projekte auch tatsächlich realisiert werden. Die Zusammenarbeit zwischen «SchweizMobil» und den involvierten Partnern ist seit vielen Jahren eng und die Vertrauensbasis gut.

lukas.stadtherr@schweizmobil.ch

INTERREG B – von Zusammenarbeit profitieren



In einer globalisierten Welt, in der sich die Bedeutung von Grenzen verändert, ermöglicht INTERREG B die Zusammenarbeit in funktionalen Räumen. Lösungen können auf dafür geeigneten Ebenen angestrebt werden und müssen sich nicht mehr zwingend an Landesgrenzen orientieren. Die Interviews mit Schweizer Projektpartnerinnen und -partnern zeigen, dass sich aus transnationaler Zusammenarbeit in vielfältiger Weise profitieren lässt. Gleichzeitig ist die Zusammenarbeit in internationalen Projekten auch anforderungsreich und erfordert ein besonderes Mass an Verständnis für die Situation der verschiedenen Partner.

Mit transnationaler Zusammenarbeit Mehrwert schaffen

Die Interviews in dieser Broschüre mit Schweizer Projektpartnerinnen und -partnern aus acht INTERREG-B-Projekten verdeutlichen, dass die EU mit diesem Instrument der Verwirklichung ihrer Kohäsionspolitik ein Stück näher rückt. Die Interviews zeigen auch, dass die Zusammenarbeit in einem gebietsüberschreitenden Raum eine Vielzahl an positiven Wirkungen entfaltet, die dieser Form der Zusammenarbeit ihren ganz eigenen Mehrwert verleihen:

- **INTERREG B als Inspirationsquelle und Experimentierlabor**
Erfahrungs- und Wissensaustausch mit Akteurinnen und Akteuren aus dem Ausland ermöglichen neue Lösungsansätze für bekannte Herausforderungen. Die Innovationsfähigkeit der Projektpartner wird gestärkt (CLISP, ACCESS, ENERBUILD, Alps Bio Cluster).
- **INTERREG B als Plattform für die Vermarktung der eigenen Ideen**
Nationale Standards und Lösungsansätze können via INTERREG-B-Projekte im Ausland vermarktet und im Idealfall dort auch umgesetzt werden (DEMARRAGE, iMONITRAF!).
- **INTERREG B als Sprungbrett in neue Märkte**
Die eigene Institution gewinnt an Sichtbarkeit in einem europäischen Umfeld. KMU erhalten die Gelegenheit, sich mit ausländischen Betrieben zu vernetzen und neue Märkte kennen zu lernen (Alps Bio Cluster, COMUNIS, ENERBUILD).

• INTERREG B als Ort für ungewöhnliche Partnerschaften

In INTERREG-B-Projekten stammen die einzelnen Partnerinnen und Partner nicht nur aus verschiedenen Ländern, sondern kommen auch aus dem öffentlichen und privaten Bereich. Dadurch sollen klassische Denkmuster überwunden und bedarfsgerechte Innovationen ermöglicht werden (ACCESS, CLISP, Alps Bio Cluster, ENERBUILD).

• INTERREG B zur Etablierung strategischer und politischer Netzwerke in funktionalen Grossräumen

In verschiedenen Fällen führen nur über den Gesamttraum koordinierte Lösungen zum Ziel, oder es müssen strategische und/oder politische Netzwerke geschaffen werden, die sich zwar über mehrere Länder erstrecken, aber nicht mit dem Territorium von Nationalstaaten decken. In diesen Fällen kann INTERREG B als Gefäss dienen, um strategische und politische Netzwerke in funktionalen Grossräumen zu etablieren (iMONITRAF!, CODE24, DEMARRAGE).

• INTERREG B als Ort für Diskussionen und Kompromisse

Umfassende Planungsansätze erfordern, dass divergierende Interessen ausdiskutiert und Kompromisse gefunden werden (CODE24).



Mit INTERREG B die regionale Wirtschaft unterstützen

Die Schweizer Bundesverwaltung unterstützt INTERREG B als Instrument der Neuen Regionalpolitik (NRP). Gute NRP-Projekte erhöhen die wirtschaftliche Wertschöpfung der Regionen und schaffen Arbeitsplätze. «Alps Bio Cluster» (Vernetzung von KMU), «COMUNIS» (lokale Wirtschaftsentwicklung), «ENER-BUILD» (Innovation im Energiebereich) und «CODE24» (Vernetzung von wirtschaftlich wichtigen Regionen) haben dieses Potenzial. «ACCESS» (Grundversorgung in Berggebieten), «CLISP» (Naturgefahren), «DEMAR-RAGE» (Velotourismus) und «iMONITRAF!» (Erreichbarkeit, Transitverkehr) leiten ihre NRP-Konformität eher aus der nationalen strategischen Bedeutung ihrer Anliegen ab. Die Beispiele zeigen, dass sich INTERREG-Projekte eignen, die Wertschöpfung einer Region zu stärken.

Durch Schwierigkeiten wachsen

Die Erfahrungen aus 20 Jahren INTERREG B verdeutlichen aber auch: Transnationale Zusammenarbeit ist reich an Herausforderungen. Distanzen, unterschiedliche Kulturen und Sprachen sowie verschiedene institutionelle Hintergründe bergen zwar ein grosses Potenzial, können die Zusammenarbeit aber auch erschweren.

Die Erfahrungen der interviewten Projektpartnerinnen und -partner zeigen: Es braucht ausreichend Raum für informellen und bilateralen Austausch. Sprachliche und kulturelle Unterschiede sollten berücksichtigt und respektiert werden. Am Anfang ist persönlicher Kontakt wertvoll. Er hilft, sich besser kennen zu lernen. Der schweizerische Hintergrund mit seiner kulturellen Vielfalt kann dazu genutzt werden, bei Zwist zwischen Partnern die Vermittlerrolle einzunehmen.

Beteiligen auch Sie sich an einem INTERREG-B-Projekt! Das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) als Koordinator der Schweizer Beteiligung an INTERREG B steht Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung.

**Bundesamt für Raumentwicklung (ARE)
Dienst für Internationales**

www.interreg.ch
interreg@are.admin.ch

**Bundesamt für
Raumentwicklung (ARE)**
Dienst für Internationales

interreg@are.admin.ch
www.interreg.ch

**Transnationale Programme
INTERREG B**

Programm «Alpenraum»
www.alpine-space.eu



Programm «Nordwesteuropa»
www.nweurope.eu



Bereits erschienen

INTERREG und die Schweiz
Ein bereichernder Austausch

Bezug: www.interreg.ch